



Hamburg, 28. Juli 2020

Pressemitteilung

Jede dritte Stadtteilschule muss mitten in der Corona-Krise neue siebte Klassen einrichten!

Die Abschlungen von den Gymnasien an die Stadtteilschulen, die im großen Umfang Jahr für Jahr erfolgen, sind und bleiben aus pädagogischen und lernpsychologischen Gründen ein Makel des Schulsystems. Sie beschädigen nachweislich die Lernbiografie eines Menschen. Auch wenn in diesem für alle Schüler*innen strapaziösen Coronaschuljahr diese Zahl abgenommen zu haben scheint (die endgültige Bestätigung werden wir erst mit der Herbststatistik erhalten), wird das generelle Problem nicht kleiner. Deshalb haben GGG und der Verband der Stadtteilschulleiter*innen im April und im Juni dringlich eingefordert, in diesem Jahr auf Abschlungen ganz zu verzichten, damit das schulische Leben der Schüler*innen nicht auch noch durch Leistungsdruck und Angst vor Versagen zusätzlich belastet werde.

Laut Aussage des Senats ist der leichte Rückgang der Abschlungenzahlen in diesem Jahr ausschließlich der Coronakrise geschuldet, weil die Gymnasien bei Zweifelsfällen offenbar vorsichtiger vorgegangen sind. Wir interpretieren diese Aussage so, dass die Abschlungenzahlen nach Überwindung der Pandemie und des schulischen Ausnahmezustandes wieder in die Höhe gehen werden (mit steigender Tendenz, wie den Statistiken der Vorjahre zu entnehmen ist).

So oder so, die Probleme bleiben:

- Die abgeschulten Schüler*innen erleben frühzeitig Schulversagen und werden beschämt.
- Die aufnehmenden Schulen müssen diese vielfach demotivierten Schüler*innen wieder aufbauen und integrieren, und das zu einem Zeitpunkt, wo nach monatelangem Homeschooling und zeitweisem Unterricht nun alle Schüler*innen die Schule erstmalig wieder besuchen.
- Der Zuwachs an Schüler*innen führt häufig zu großen, überfrequenten Klassen, in vielen Fällen zur Neugründung von Klassen und damit zu einer Vergrößerung der Schulen. So

kommt es auch dazu, dass über die pädagogisch noch vertretbare Sechs-Zügigkeit hinausgegangen wird.

All diese Probleme kumulieren in der **Ida Ehre Schule**: Sie ist von fünf Gymnasien umgeben, soll 44 Schüler*innen zusätzlich aufnehmen, die Klassenfrequenzen in Jahrgang sieben erhöhen und eine neue Klasse gründen müssen, damit würde sie achtzünftig.

Die Aussage des Sprechers der BSB, Peter Albrecht, dass Stadtteilschulen von der Aufnahme bisheriger Gymnasiasten profitieren könnten, da es sich bei ihnen um leistungsfähige Schüler*innen handele, verschlimmbessert den Sachverhalt, macht sie doch deutlich, dass man in der BSB-Spitze nicht von einer Gleichwertigkeit der beiden Schulformen ausgeht. Danach gehören die ganz Leistungsfähigen aufs Gymnasium, die weniger Leistungsfähigen sind aber immer noch ein Gewinn für die Stadtteilschule. Diese Aussage muss umgehend vom Senator zurechtgerückt werden. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit seiner bisherigen Politik.

Anna Ammonn, Vorsitzende des Verbandes der Schulen des gemeinsamen Lernens, GGG: „Wieder einmal offenbart sich hier das strukturelle Problem, dass das Zwei-Säulen-Modell mit sich bringt. Die GGG verlangt, dass die Gymnasien die von ihnen einmal aufgenommenen Schüler*innen behalten und entsprechend fördern. Sie schlägt vor, dass die Gymnasien, die ihre Rückläuferquote erfolgreich reduzieren, mit zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet werden. Gleichzeitig fordert die GGG die umgehende Neugründung von Stadtteilschulen in Regionen, wo diese Schulen größer als sechszünftig sind. Die Situation an der Ida Ehre Schule macht deutlich, dass hier nicht ein weiteres Gymnasium sondern die unverzügliche Einrichtung einer zweiten Stadtteilschule angezeigt ist.“

GGG, 28.7.2020